

Die **Interventionistische Linke** ist ein bundesweiter Zusammenschluss von zahlreichen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen aus der linken Bewegung. Wir wollen eine Linke sein, die sich einmisch: In den letzten Jahren war die IL unter anderem an den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, Castor? Schottern! im Wendland und den antifaschistischen Blockaden in Köln und Dresden beteiligt.

In Berlin arbeiten die IL-Gruppen **Für eine linke Strömung (Fels)**, **Antifaschistische Linke Berlin (ALB)**, **Avanti** und **Libertad!** zu den Themen Antifaschismus, Soziale Kämpfe, Klima, Queerfeminismus, Antimilitarismus, Antirassismus und Internationale Solidarität.



www.dazwischengehen.org
www.fels-berlin.de, www.antifa.de,
www.avanti-projekt.de, www.libertad.de

Für den sofortigen Ausstieg
aus der Atompolitik.

Energiekonzerne enteignen
und vergesellschaften.



Interventionistische Linke (IL)

Es reicht! Seit Jahrzehnten sind die Risiken der Atomkraft bekannt. 25 Jahre nach dem Super-GAU von Tschernobyl gibt es wieder eine Atomkatastrophe mit nicht absehbaren Folgen und menschlichem Leid. Das Desaster in Japan verdeutlicht einmal mehr: Die Atompolitik steht im Widerspruch zu den Lebensinteressen der Menschheit. Trotzdem wird in Deutschland an der Atomenergie festgehalten. Während schon der rot-grüne „Atomkonsens“ den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke auf lange Zeit festschrieb, wird das schwarz-gelbe Moratorium daran erst recht nicht viel ändern.

Wer Atomkraftwerke loswerden will, muss die Konzerne entmachten

Die Ursache für diesen Skandal liegt nicht nur in der Technikgläubigkeit oder der Skrupellosigkeit einiger Entscheidungsträger_innen. Sie liegt vor allem darin, dass die großen Energieerzeuger E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall profitorientierte Konzerne sind. Denn der Betrieb von Atomkraftwerken ist ein lohnendes Geschäft mit Milliardengewinnen. Die Entscheidungen in den Konzernen fällen wenige Manager_innen unter dem Zwang der Profitmaximierung - die Auswirkungen aber betreffen alle. Diese Energiepolitik ist antidemokratisch.

Die Alternative ist möglich. Für eine demokratische Energieversorgung - dezentral, sozial und ohne Atomkraft

Mit den vier großen Konzernen ist ein Grundrecht auf Energie sowie eine Energieversorgung ohne Atom- und Kohlekraftwerke grundsätzlich nicht zu machen. Also müssen sie enteignet und vergesellschaftet werden. Enteignet? Enteignungen sind sogar im Grundgesetz vorgesehen (GG, Art. 14). Diese Möglichkeit wird nicht selten genutzt - bisher allerdings nur bei Erweiterungen von Großflughäfen oder dem Wegbaggern ganzer Dörfer zugunsten von Braunkohlekonzernen. Die juristischen Möglichkeiten zur Enteignung sind also vorhanden. Dass diese normalerweise zur Durchsetzung von technologischen Großprojekten angewendet werden, zeigt einmal mehr, wessen Interessen sich in Politik und juristischer Praxis immer wieder durchsetzen.

Riesige Staatsunternehmen, die von der Bevölkerung nicht kontrolliert werden können, sind jedoch um kein Stück besser als die privaten: Das zeigen die Staatskonzerne EnBW und Vattenfall. Für eine bedürfnis- statt gewinnorientierte Energiepolitik wollen wir die Energiekonzerne abschaffen zugunsten eines dezentralen Systems: Selbstversorgung, demokratisch gelenkte Stadtwerke und Genossenschaften. Auch das ist im Rahmen des Grundgesetzes möglich (GG, Art. 15). Klar ist aber: wir können uns nicht allein auf dem Grundgesetz ausruhen. Soziale Bewegungen mussten schon immer ihre Rechte erkämpfen, das zeigt beispielhaft der feministische Kampf um gesellschaftliche Gleichberechtigung.

Atomausstieg ist Handarbeit

Jetzt kommt es auf uns an. Die Atomlobby und ihre politischen Verbündeten in Regierung und Opposition werden nicht freiwillig von der Atomkraft lassen. Aber mit Protest und massenhaftem Widerstand können wir den sofortigen Atomausstieg in den nächsten Monaten durchsetzen. Ob bei Anti-Atom-Demos, bei Aktionen gegen Stuttgart 21 oder beim Castor Schottern - tausende Menschen haben verstanden, dass sie ihre Interessen selbst gegen die Eliten durchsetzen müssen. Streiten wir nun gemeinsam für die Abschaltung aller AKWs und für die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. Denn sie liegt im sozialen und ökologischen Interesse der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Nehmen wir unsere Zukunft selbst in die Hand.

Großdemonstrationen allein werden nicht ausreichen, um die Machtfrage gegen die Atomkonzerne zu gewinnen:

- **Lasst uns gemeinsam die Atomlobby stören, die sich vom 17.- 19. Mai in Berlin zum Deutschen Atomforum trifft!**
- **Blockieren wir die Atomkraftwerke, die nach dem Moratorium wieder ans Netz gehen sollen!**
- **Schottern wir auch dieses Jahr den Castor im Wendland!**

Atomausstieg sofort!

Energiekonzerne vergesellschaften!